



„Berliner Tagblatt“ u. „Handels-Zeitung“ erscheint wochentlich zweimal. Contingent...

Insertionspreis: Jede Zeile 5. — u. 10 % Aufschlag. Stellen-Gesuche u. Familien-Anzeigen...

Berliner Tagblatt und Handels-Zeitung

Nr. 362 \* Ausgabe A Nr. 192 Mittwoch, 4. August 1920 49. Jahrgang

Der Abbau der Zwangswirtschaft.

Beschlüsse der Ernährungsminister.

Erleichterung bzw. Aufhebung der Zwangswirtschaft für Getreide, Kartoffeln und Fleisch. — Schärfste Erfassung des Brotgetreides.

Berlin, 3. August. (M. L. B.) Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft haben in den letzten Tagen unter Leitung des Ministers Dr. Hermès...

Die hauptsächlich behandelten Fragen betrafen die Getreide, Kartoffeln und Fleisch, in deren Bewirtschaftung weitgehende Erleichterungen bzw. Aufhebung der Zwangswirtschaft...

Die Fleischrate soll sofort aufgehoben und durch die Ausdehnung der Schlachtviehpreise werden unter den gegenwärtigen Verhältnissen als zu hoch angesehen.

Die Aufhebung der Zwangswirtschaft des inländischen Fleisches soll als einheitliche Maßnahme gleichzeitig für das gesamte Gebiet der Wehrwirtschaft im Laufe des Herbstes erfolgen.

Bezüglich der Fettwirtschaft wurde die vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft vorgenommene Freigabe der Margarine gutgeheißen.

Die Zuckerbewirtschaftung soll in ihren Grundzügen aufrecht erhalten werden. Im Interesse der Verbraucher wird gefordert, daß die Preise in der Berücksichtigung der Produktionskosten...

Der Preisabbau für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse muß Hand in Hand gehen mit einem Abbau der Produktionskosten. In dieser Hinsicht spielen vor allem die Düngemittel eine besondere Rolle.

Die Vertreter der süddeutschen Regierungen nahmen von dem im Bereiche des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft bereits erfolgten Abbau der Kriegsgesellschaft...

Die ungarische Gefahr.

Der Komitatseinschlag in Deutsch-Fürstentum. — Das Bündnis mit den „Kafaisiten“. — Der Qual-Orsay für die Habsburger. — Zwischen München und Budapest.

Telegramm unseres Sonderberichterstatters Dr. Leo Lederer. I. Wien, 3. August.

Mit unheimlicher Schnelligkeit wächst die Gefahr eines ungarischen Ueberfalls auf Deutsch-Oesterreich. Auch wenn man die Bedeutung des Raubzuges der Komitatseinschläge von Zala Egerszeg nicht überschätzt...

Der Raubeinschlag der Banden von Zala Egerszeg ist, was die ungarische Regierung gern glauben machen möchte, keine private Unternehmung. Es scheint richtig zu sein, daß in der Hauptsache deutsch-österreichische Staatsbürger in ungarischen Diensten an diesem Raubeinschlag beteiligt waren...

Es wäre vollkommen verfehlt, diesen Gedanken der geschlagenen Kriegsverbrecher von 1914 achselzuckend zu belächeln. Dazu ist seine militärische Durchführung viel zu gründlich vorbereitet, dazu ist er innenpolitisch, vor allem aber außenpolitisch viel zu gründlich fundiert.

Erdrückt von der Fülle ihrer Mißerfolge im mittleren Europa, beginnt die französische Politik allmählich einzufahren, daß der Gedanke eines Bundes der Donau-republiken sich nicht verwirklichen läßt. Aber in dem Wunsch, Deutsch-Oesterreich unter allen Umständen von Anschlag auf Deutschland zurückzuhalten...

Die Londoner Konferenz und die Revision des Verfallener Vertrags.

(Telegramm unseres Korrespondenten) Haag, 3. August.

Am Abend, in dem das Oberhaupt der bolschewistischen Mission, Kamenev, englischen Boden betreten hat, äußern die englischen Blätter lebhaftes Zweifel darüber, ob es überhaupt zu Verhandlungen kommen wird. Die Verhandlungen, die die letzte englische Note gestellt hat, daß nämlich vor Beginn der Londoner Verhandlungen der Waffenstillstand zwischen Rußland und Polen abgeschloffen sein soll...

Friedensverhandlungen zwischen Rußland und Polen bevorstehend?

London, 3. August. (Newsp.) Ein Moskauer Funkpruch meldet: Die Waffenstillstandsverhandlungen sind ausgesetzt worden.

Das Unterhaus hat einstimmig den Kredit für die nominelle Summe bewilligt, welche durch die in Spa getroffenen finanziellen Anordnungen vorgesehen ist.

Ein Moskauer Funkpruch meldet: Die Waffenstillstandsverhandlungen sind ausgesetzt worden. Die polnischen Delegierten kehren nach Warschau zurück, um von ihrer Regierung die Ermächtigung zur Unterzeichnung nicht nur des Waffenstillstandsvertrages, sondern auch der grundlegenden Friedensbedingungen, die die Sowjetregierung aufgestellt hat, zu erlangen.